



Genossenschaft von unten

eine Initiative von Mitgliedern Berliner Wohnungsgenossenschaften

Pressemitteilung

Die Initiative **Genossenschaft von unten** hat in einem offenen Brief an die Vorstandsvorsitzenden des Wohnungsbauvereins (WBV) Neukölln gefordert, dass der Vorstand seinen Beschluss zurücknimmt, Häuser mit preisgünstigen Wohnungen in der Heidelberger Str. 15 und 18 abzureißen. Diesen Beschluss hat der Vorstand alleine gefällt, ohne Mitglieder zu beteiligen.

Und dies, obwohl dort noch Menschen wohnen, die dort weiter wohnen möchten und obwohl jetzt mehr denn je, jede preiswerte Wohnung benötigt wird, weil die Anzahl der Menschen mit geringem Einkommen zunimmt. Die Initiative kritisiert diesen Abriss deshalb als falsch, unsozial und unsolidarisch.

Die Initiative fordert von den beiden Vorstandsvorsitzenden, Herrn Rügler und Herrn Springer und vom Aufsichtsrat

- Rücknahme des Abriss-Beschlusses
- Aufhören mit der Drohung mit Kündigungen gegenüber den verbleibenden Baugenoss_innen
- Die ca. 60 leeren Wohnungen freien Wohnungen müssen umgehend dem Senat von Berlin bzw. dem Landesamt für Gesundheit und Soziales zur vorübergehenden Belegung mit Flüchtlingen angeboten werden.

Wir glauben auch, dass es die soziale und humanitäre Pflicht einer Baugenossenschaft ist, Menschen in Not zu helfen.

Üben Sie Solidarität! Helfen Sie!